

GÜNTER KRAUSE

**DIE "REVISIONISMUS-DEBATTE" IN DEN
WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN DER DDR**

HINWEIS:
DURCH DIE ÜBERTRAGUNG DES
DISCUSSION PAPERS IN DAS
PDF-FORMAT HAT SICH DER
SEITENSPIEGEL GEGENÜBER DEM
ORIGINALDRUCK UM WENIGE ZEILEN
VERSCHOBEN

FRANKFURTER INSTITUT FÜR TRANSFORMATIONSTUDIEN
EUROPA-UNIVERSITÄT VIADRINA
POSTFACH 776
D - 15207 FRANKFURT (O)

DISCUSSION PAPERS 2/ 96
ISSN 1431-0708
© BY THE AUTHOR
TEL.:0335 / 55 34 808
FAX:0335 / 55 34 807
EMAIL: FIT@EUV-FRANKFURT-O.DE
HTTP://FIT.EUV-FRANKFURT-O.DE

Günter KRAUSE

**Die "Revisionismus-Debatte" in den
Wirtschaftswissenschaften der DDR**

Prof. Dr. Günter Krause ist Mitarbeiter des FIT.

Die vorliegende Arbeit ist im Rahmen des Projekts "Wirtschaftswissenschaften und Systemwandel" verfaßt. Finanzielle Förderung des Projekts durch das BMBF, Bonn, und das MWFK, Potsdam, wird dankend anerkannt.

1. Wirtschaftswissenschaft zwischen Reform und Konformität

Zu den spannenden Fragestellungen jüngerer Transformationsforschung gehört jene nach dem historischen Schicksal wissenschaftlichen Wissens im Systemumbruch. Für die Bundesrepublik offenbart sich dabei innerhalb der Untersuchungen zur Veränderung des Wissenschaftssystems nach der deutschen Vereinigung eine "Lücke". Sie betrifft die "Analyse des kognitiven Profils, der Gewinne und Verluste in und zwischen den wissenschaftlichen Disziplinen und Forschungsfeldern, die sich durch den Umbau in den neuen Bundesländern ergeben haben" (Arbeitsgruppe 1995: 403).

Sind auf dem Gebiet der Philosophie, der Rechts-, Geschichts- und Regionalwissenschaften sowie der Soziologie erste diesbezügliche Aktivitäten zu registrieren, blieben analoge Studien für die Wirtschaftswissenschaften bislang aus. Der umfassende kritische und natürlich auch selbstkritische Diskurs zu den Wirtschaftswissenschaften in der DDR steht also noch an. Doch erste Schritte in diese Richtung werden bereits unternommen (vgl. beispielsweise Huber/Warnke 1996; Pirker/ Lepsius/ Weinert/ Hertle 1995; Ruben 1995; Roesler 1993).

Zu den relevanten forschungsleitenden Fragen des Unternehmens "Die kognitive Verfaßtheit der DDR-Wirtschaftswissenschaften" gehört auch jene nach dem Reform- und Innovationspotential in den Wirtschaftswissenschaften des Staatssozialismus im allgemeinen und der DDR im besonderen. Wissend um den unstrittigen Fakt, daß die institutionalisierten ökonomischen Wissenschaften in der DDR Legitimationsfunktionen in Gesellschaft und Planökonomie wahrnahmen, systemkonformen und officialwissenschaftlichen Charakter trugen, stellen sich zugleich höchst interessante Fragen. Beispielsweise

- in welchem Verhältnis bewegten sich Systemkonformität und wissenschaftlicher Erkenntnisfortschritt zueinander?
- Schloß der Status einer Rechtfertigungsdisziplin von vornherein produktive Analyse- und Prognosefähigkeit, kritisches Forschungspotential und wirtschaftstheoretisches Denken in Alternativen und Varianten aus?
- Woran machten sich, unter der Voraussetzung, daß es solche Potentiale gab, diese vor allem fest?

- Standen vorzugsweise singuläre ökonomische Konflikte oder stärker Systemdefekte des Staatssozialismus, der Planwirtschaft inhärente Funktionsprobleme zur Rede?

Diesem hier nur knapp skizzierten *topos* nachzugehen, macht deshalb Sinn, weil auch in staats-sozialistischen Gesellschaften die soziale und wissenschaftliche Wirklichkeit - entgegen manch heute anzutreffenden vereinfachenden Annahmen (vgl. beispielsweise Schuller 1994) - nicht in jedem Falle den indoktrinierten politischen und ideologischen Vorgaben entsprechen mußte und entsprach. Ein diesbezügliches Spannungsverhältnis war möglich und auch existent. Insbesondere im Kontext eines erkennbaren Deutungsmonopols zur DDR-Geschichte ist dies von Bedeutung. Dessen Kern besteht darin, die DDR mit all ihren Subsystemen ausschließlich von ihrem Ende her zu denken und zu interpretieren. Der Zusammenbruch der DDR wird als exklusives Referenzsystem gewählt und von daher die strukturellen und funktionellen Defizite des Staatssozialismus abgehandelt, die seinen Untergang bewirkt haben.

Kurzum: eine neue Art von Teleologie, von "retrospektivem Determinismus" (Bendix 1982: 65) feiert fröhlich Urständ. Martin Kohli (1994: 31) bemerkt meines Erachtens völlig zu Recht: "Das Ergebnis steht fest; zu leisten ist nur noch seine historische Erklärung. Aber damit macht man es sich zu leicht. Die Gefahr ist groß, auf diese Weise einer gewendeten Geschichtsphilosophie aufzusitzen, die vom alten Denken nur das Vorzeichen geändert hat".

Will man überzeugende Antworten zu den oben aufgeworfenen Fragen erhalten, bedarf es einer ebenso kritischen wie konkreten und vorurteilsfreien Befragung der Entwicklungsgeschichte der Wirtschaftswissenschaften in der DDR. Dabei hat für eine historische Wissenschaftsforschung zur DDR der Gedanke von Jürgen Kocka Gültigkeit, wonach die ausschließliche Interpretation von in der DDR vorhandenen Phänomenen und Prozessen "als Vorgeschichte ihres Endes nicht nur leicht zu Einseitigkeiten" führt, sondern auch "die Gefahr mit sich (bringt), die Frage nach den alternativen Entwicklungsmöglichkeiten innerhalb historischer Konstellationen über Gebühr zu vernachlässigen" (Kocka 1993: 11).

Die hier vorzustellende "Revisionismus-Debatte" in den Wirtschaftswissenschaften markiert gerade einen interessanten und zugleich folgenreichen Versuch, alternative Entwicklungen in Theorie und Praxis der Planökonomie der DDR aufzuzeigen und in Gang zu setzen. Zu den wirklich bemerkenswerten

Perioden der Genesis der DDR-Wirtschaftswissenschaften gehört der Zeitraum von 1955-58. In dieser Zeit wurde unter den Ökonomen eine theoretische Diskussion geführt, die angesichts der ihr von der SED verliehenen politischen Dimension unter der Rubrik "Revisionismus-Debatte" firmiert und die ohne Zweifel in die Geschichte der DDR eingegangen ist.

Auf Grund der gegebenen gesellschaftlichen Umstände im allgemeinen und der anzutreffenden Verhältnisse in vielen Wissenschaften im besonderen fanden im übrigen zu jener Zeit Auseinandersetzungen über "Revisionismus" auch noch in anderen Disziplinen der Gesellschafts- und Naturwissenschaften statt. Dabei erregten die in der Philosophie, den Kunst- und Literaturwissenschaften, in den Geschichts- und Rechtswissenschaften die nachhaltigste Aufmerksamkeit (vgl. dazu u.a. Labedz 1962: 239ff; Jänicke 1964; Burrichter 1984; Harich 1993).

Eingeleitet wurde die Debatte von der im März 1955 am Institut für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin abgehaltenen Konferenz "Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR" (vgl. Protokoll 1955). Spezielle Anregung erfuhr sie durch Beiträge des polnischen Ökonomen Wlodzimierz Brus auf dieser Konferenz (vgl. ebenda: 151ff) und in der Zeitschrift "Wirtschaftswissenschaft" (1955: 510ff). Darauf aufbauend thematisierten Ökonomen wie Fritz Behrens, Arne Benary, Gunther Kohlmey, Kurt Vieweg und Herbert Wolf in ungewöhnlich scharfer Form erhebliche ökonomische Defizite und Blockaden der zentralistischen Planwirtschaft in der DDR.

Gleichzeitig kritisierten sie recht harsch die eigene Zunft ob der unübersehbaren Mängel in der wissenschaftlichen Arbeit. Behrens (1957: 105) formulierte beispielsweise, daß zahlreiche sichtbar gewordene Funktionsprobleme der Planökonomie "bisher von den sozialistischen Ökonomen kaum analysiert, ja noch nicht einmal empirisch erforscht (wurden), weil sie nicht in der Forschung und in der Entwicklung der ökonomischen Theorie, sondern in der Propaganda bekannter Thesen ihre Hauptaufgabe sahen". Benary (1957: 93) erklärte: "Wenn bis in unsere Zeit hinein die politische Ökonomie des Sozialismus noch nicht das geworden ist, was sie sein muß, ..., so liegt das nicht zuletzt daran, daß wir die Methoden planmäßiger Wirtschaftsführung ... aus der kritischen Analyse gewissermaßen ausgeklammert haben, diese Prinzipien und Methoden sozusagen a priori als richtig betrachteten und so der Gefahr nicht entgingen, uns auf der einen Seite auf die katechisierende Be-

handlung politökonomischer Lehrsätze, auf der anderen Seite auf die bloße Interpretation der Wirtschaftspolitik der Regierung beschränkten. "

Und vor allem - diese Ökonomen plädierten für den Ersatz der administrativ-bürokratischen durch eine ökonomische Wirtschaftsleitung, für eine Überwindung der diktatorischen Omnipotenz des Staates zugunsten der Entfaltung demokratischer Ressourcen in Wirtschaft und Gesellschaft (vgl. u.a. Kohlmeier 1956a: 11; Behrens 1957: 125-126; Benary 1957: 79ff).

Obwohl keineswegs eine inhaltlich geschlossene, systematisch entwickelte Konzeption verkörpernd, markierten die Überlegungen und Vorschläge der genannten Wirtschaftswissenschaftler eine Zäsur für die theoretische Ökonomie in der DDR. Erstmals wurden aus marxistischen Denktraditionen heraus zentrale Dogmen der herrschenden Offizialökonomie sowie die darauf basierende Wirtschaftsführung und -politik nachhaltig problematisiert. Die bislang durch SED und Staat monopolisierte Marxismus- und Sozialismus-Lesart sah sich ernsthaft hinterfragt und mit konkurrierenden, auf Umbau und Reformierung des Sozialismus orientierten wirtschaftstheoretischen Ansätzen konfrontiert.

Die in der DDR sehr unterschiedliche Reaktionen provozierenden Aktivitäten jener Wirtschaftswissenschaftler fanden auch internationale Aufmerksamkeit. Alfred Zauberman (1960: 31) spricht in diesem Kontext immerhin von einer "Behrens-Benary school". Melvin Croan (1962: 250-251) bemerkt, diese Ökonomen "had concluded that the time was ripe for a far-ranging decentralization of the East-German economy" und ihre Theorien "are singularly instructive". Karl C. Thalheim (1961: 272) formuliert, daß mit "westlicher Wirtschaftswissenschaft noch voll vertraute Ökonomen wie Prof. Dr. Fritz Behrens und Dr. Arne Benary...eigenständige und fruchtbare Gedanken (entwickelten), in denen sich deutlich das Bemühen um eine Revision des sterilen Dogmatismus der herrschenden 'Politökonomie' kundtat". An anderer Stelle vermerkt er den "Versuch einiger weniger mutiger Nationalökonomien in der DDR im Jahre 1956, neue Wege vorzuschlagen" (Thalheim 1970: 18). Jiri Kosta verweist beim Stichwort "Reformdiskussion in der DDR" darauf, daß die "ostdeutschen Ökonomen Behrens und Benary...schon im Frühjahr 1957 ...eine 'verstärkte Ausnutzung der Ware-Geld-Beziehungen' und eine 'Erweiterung des Wirkungsbereichs des Wertgesetzes', mit anderen Worten die Ablösung der zentralistisch-bürokratischen Planung durch dezentrale, marktähnliche Lenkungsformen (verlangten)" (Kosta 1984: 172). Ähnliche Positionen finden sich bei Beyer (1967: 357) und Leptin (1968: 113-114).

Diese Versuche einer Reform von Wirtschaftstheorie und -praxis, die Eruierung alternativer Entwicklungsmöglichkeiten innerhalb der Planökonomie der DDR wurden von der SED, ihrer gebenen Kaderökonominnen im Zuge einer inszenierten "kritischen" Diskussion kategorisch attackiert (vgl. Ulbricht 1957, passim; Oelsner 1957: 63ff; Naumann 1957a: 115ff; Kampfert 1957: 1ff; Scheler 1957: 20ff; Richter 1957: 44ff; Luck 1957: 95ff). Man denunzierte sie als "Angriffe auf die Grundlagen der sozialistischen Wirtschaftsführung" und als "eine Revision der Grundsätze des Marxismus-Leninismus" (Naumann 1957b: 157).

Die Protagonisten des Versuchs einer frühen Reformökonomie in der DDR bekamen unmiß-verständlich den politischen Hammer bzw. das Gewaltmonopol von SED und Staat vor Augen geführt. So erklärte Alfred Lemnitz als einer der erbitterten Kontrahenten der reformwilligen Ökonomen, daß "ein Angriff auf die ideologischen Grundlagen unserer Wissenschaft ebenso unmittelbar zurückgeschlagen werden (muß)..., wie ein Putsch gegen unsere Staatsordnung" (Lemnitz 1958: 261). Hieraus erhellt in aller Schärfe, welches Schicksal diesem Pionierunternehmen, das innovatives Potential in den Wirtschaftswissenschaften der DDR zum Tragen bringen suchte, letztlich beschieden sein sollte.

2. Über die Hintergründe der "Revisionismus-Debatte"

Die "Revisionismus-Debatte" findet ihre Erklärung vor allem in drei gewichtigen, miteinander verwobenen Problemkomplexen.

Erstens traten Mitte der fünfziger Jahre doch erhebliche ökonomische Konflikte der Volkswirtschaft der DDR sowie der Zwang zu ihrer praktischen wie theoretischen Verarbeitung zutage. Nachdem im Juli 1950 der III. Parteitag der SED den ersten Fünfjahrplan (1951-55) sowie im Juli 1952 die 2. Parteikonferenz den "Aufbau der Grundlagen des Sozialismus" beschlossen hatte, zeigten sich - ungeachtet wirtschaftshistorisch durchaus beeindruckender Leistungen - beträchtliche Funktionsprobleme der zentralistischen Planökonomie. Der Fünfjahrplan wurde - gemessen an den fixierten Zielen und Erwartungen - mit höchst unbefriedigenden Ergebnissen zu Ende geführt.

Diskontinuierliche Produktion, beträchtliche strukturelle Disproportionen, Überplanbestände an nichtrealisierbaren Gütern, Kaufkraftüberhänge bei gleichzeitigem, chronischem Mangel an wichtigen Produkten, ungenügende Qualität vieler Erzeugnisse, zu hohe Produktionskosten sowie zu geringes

Wachstum der Produktivität gehörten zu den typischen und häufig wiederkehrenden Problemen jener Zeit. Die SED hatte daher - gerade auch unter dem Eindruck des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953 - auf ihrem IV. Parteitag im April 1954 sowie auf der 21. Tagung ihres Zentralkomitees im November gleichen Jahres "Fehler" und "Schwierigkeiten" in der Wirtschaft zugestanden (vgl. Der Weg 1956: 83). Veränderungen und Korrekturen in der Wirtschaftslenkung der DDR wurden in Theorie und Praxis zu einem relevanten Thema.

Die Ökonomen wurden mit der Forderung der SED konfrontiert, "sich mit den brennenden Fragen der Wirtschaftspraxis noch vollständiger und eingehender auseinanderzusetzen" (Redaktionskollegium 1955: 290) sowie mit der Ausarbeitung der Wissenschaft von den einzelnen Wirtschaftszweigen ("Zweigökonomiken") zu beginnen. Zudem erließ man Ende 1954 eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen, die auf eine Erweiterung der wirtschaftlich-operativen Selbständigkeit der Betriebe und Industriezweige, eine Erhöhung ihrer Rentabilität sowie eine Vereinfachung der Planung in den volkseigenen Industriebetrieben zielten (vgl. u.a. Beschluß 1954).

Zweitens erlebten die staatssozialistischen Gesellschaften sowie die machtausübenden kommunistischen Parteien seit der Mitte der fünfziger Jahre, d.h. nach dem Tode J. W. Stalins (1953) und dem XX. Parteitag der KPdSU (1956) die Wirkungen eines - allerdings nur vorübergehenden - politischen und geistigen "Tauwetters" (Ilja Ehrenburg). In diesen Rahmen gehörten ebenfalls zeitweilige Lockerungen im ideologischen Herrschaftssystem sowie in den marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften. Peter Knirsch hat beispielsweise registriert: "Bei den sehr verschiedenartigen Entwicklungsprozessen, die meist unter dem Schlagwort 'Entstalinisierung' zusammengefaßt werden, kommt den Veränderungen der 'Politischen Ökonomie', wie die sowjet-marxistische Wirtschaftslehre in den Staaten des Ostblocks genannt wird, besondere Bedeutung zu," (Knirsch 1962: 781).

Dies eröffnete auch dem wirtschaftswissenschaftlichen Denken in der DDR - zumindest kurzzeitig - bislang nicht gekannte Möglichkeiten und Freiräume für theoretische Debatten. Ausdrückliche Aufforderungen zum offenen Meinungsstreit in den Wirtschaftswissenschaften, das Bekenntnis zu seinen Vorzügen für die wissenschaftliche Arbeit waren durchaus an der Tagesordnung (vgl. u.a. Hess 1954: 1193ff; Redaktionskollegium 1955: 295). Fred Oelsner erklärte mit allem Nachdruck: "Das ist es gerade, was wir so dringend brauchen, einen wirklich freien wissenschaftlichen Meinungsaustausch. Denn wir werden in unserer Entwicklung nicht vorwärts kommen, wenn wir uns in

Diskussionen nur darauf beschränken, das wiederzugeben, was irgendwo schon einmal gedruckt ist oder was eine Autorität schon einmal gesagt hat," (Oelsner 1955: 299).

Dominierte bis 1956 vor allem die Rezeption der Erkenntnisse und Diskussionen der sowjetischen Wirtschaftswissenschaften, d.h. die Vermittlung der Stalinschen Interpretation von Wirtschaftstheorie, die Popularisierung seiner Schrift "Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" (1952), die Verbreitung der Wertgesetz-Debatte aus der Spätstalin-Zeit (1951) sowie die 1955 erfolgende deutsche Edition des Lehrbuches "Politische Ökonomie" (vgl. hierzu auch Kohlmeier 1955: 495ff; Naumann 1955: 45ff), wurden nun von DDR-Ökonomen verstärkt originäre Beiträge in den Diskurs zu Fragen der Theorie und Praxis der Planökonomie eingebracht. Zugleich wertete man - nach Jahren der Tabuisierung infolge des unsäglich, von der KPdSU erhobenen "Revisionismus"-Vorwurfes gegen den BdKJ und J. Broz-Tito angesichts der in Jugoslawien etwa 1950 einsetzenden Abkehr vom zentralistisch-administrativen Planungssystem sowjetischen Typs - auch Diskussionen jugoslawischer Ökonomen sowie die praktischen Erfahrungen Jugoslawiens beim Aufbau eines Selbstverwaltungssozialismus aus.

Im Rückblick auf die eng "mit dem Namen Stalins" verbundene Periode des zutiefst bürokratischen Zentralismus "mit seinen administrativen Zwangsmethoden" stellte Fritz Behrens im Jahre 1967 fest: "Es wurden nicht nur die für eine echte wissenschaftliche Diskussion notwendigen Informationen über ökonomische Vorgänge und Daten über das Maß hinaus verhindert, das durch die feindliche Umwelt geboten war, es wurde jede echte wissenschaftliche Diskussion überhaupt unterbunden. Tabu war die Frage der Warenproduktion und der Funktion des Wertgesetzes im Sozialismus, sofern die Meinungen von Stalins abwichen, tabu waren alle neuen Erkenntnisse aus der Ökonomie der modernen Industrieländer, vom Grenzbegriff in der Kosten- und Preistheorie über die Theorie der strategischen Spiele bis zur Unternehmensforschung. Denn die bürgerliche Ökonomie hatte - so die offizielle Auffassung - keinen 'rationellen Kern', sie war Apologetik..." (Behrens 1968: 291).

Die in der DDR Mitte der fünfziger Jahre sichtbar gewordenen ökonomischen Widersprüche sowie die sich im Zuge des XX. Parteitages der KPdSU bietenden Möglichkeiten, recht grundlegende Fragen zur strukturellen Verfaßtheit und Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft des Staatssozialismus, zur Planung und Leitung einer sozialistischen Volkswirtschaft aufzuwerfen, führten dazu, daß unter Ökonomen der DDR in den Jahren 1955-56 eine rege,

offene und kritische Debatte über die erforderliche Erneuerung der Wirtschaftswissenschaften, das tradierte Planungs- und Lenkungssystem, die damit verbundenen Defizite und Ineffizienzen sowie die Notwendigkeit des Übergangs zu ökonomischen Methoden der Wirtschaftsleitung aufkam.

Drittens war die "Revisionismus-Debatte" Produkt eines rigiden, auf unbedingte Herrschaftssicherung ausgerichteten und daher kritische Positionen unterdrückenden innenpolitischen Kurses der dominierenden konservativen Kräfte in der SED-Führung.

Das "Tauwetter" in den Wirtschaftswissenschaften der DDR wandelte sich bereits Ende des Jahres 1956 sowie in den Jahren 1957-58 zu einer neuen "Eiszeit". Jene bereits genannten kreativen Ökonomen wurden ob ihrer freimütigen Analysen, Fragen und Vorschläge des "Revisionismus" bezichtigt. Via massiven politischen Drucks zwang man sie zum Widerruf ihrer Anschauungen und zur erniedrigenden "Selbstkritik" (vgl. beispielsweise Kohlmeier 1958: 367ff; Behrens 1958: 31ff; Behrens 1960: 650-651; Behrens 1961; Benary 1960: 651-652). Zugleich wurden sie ihrer Stellungen in den wirtschaftswissenschaftlichen Instituten und Gremien beraubt, aus Leitungsfunktionen in Wissenschaft und Wirtschaft geworfen und teilweise mehrjährig zur "Bewährung in die Praxis" verpflichtet. So beispielsweise geschehen im Fall von Arne Benary, der sich im Kabelwerk Oberspree wiederfand.

Wie ist diese Entwicklung zu erklären? Der Schlüssel zum Verständnis liegt vor allem in den im Herbst 1956 ablaufenden politischen Ereignissen auf der internationalen Bühne. So fanden zum einen in staatssozialistischen Ländern wie Ungarn und Polen Volkserhebungen und Auseinandersetzungen statt, die eine massive Ablehnung der bisherigen Machart des Sozialismus signalisierten. Das Bedürfnis nach Reform des zentralen Planwirtschaftssystems, der Wunsch nach politischer und geistiger Freiheit, wirklicher Demokratie und ökonomischer Stabilität wurde nachhaltig artikuliert. Zum anderen kam es zu einer allgemeinen Verschärfung der politischen Verhältnisse zwischen Ost und West im Gefolge der Suez-Krise vom Oktober 1956. Auch die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten erfuhren in dieser Zeit eine unübersehbare Zuspitzung.

Unter dem Eindruck dieser Ereignisse mißachtete die SED die eigentlich vom XX. Parteitag der KPdSU ausgehende Botschaft zu einer Reformierung des Staatssozialismus. Vielmehr setzte sie auf Machterhaltung um jeden Preis, auf

"Einheit und Geschlossenheit der Reihen". Angesichts dieser Konstellationen durfte Kritik und Infragestellung des vorhandenen Typus von zentralistisch-administrativer Planwirtschaft ebensowenig toleriert werden wie die der bislang herrschenden ökonomischen Dogmen. Schließlich - so das von Lemnitz (1958: 260) beispielhaft vorgebrachte Argument - stand "die Frage der Macht, der Macht der Arbeiterklasse". Die Macht müsse mit aller Konsequenz gegen jedwede Angriffe, ob sie nun von Reformökonomien oder von "Klassenfeinden" kommen, verteidigt werden. "Es kann nicht außer acht gelassen werden" - so Alfred Lemnitz in offiziellwissenschaftlicher Diktion - "zu welchem Zeitpunkt Diskussionen über grundsätzliche Fragen der marxistischen Wissenschaft und des Kampfes der Arbeiterklasse geführt werden. In Zeiten verschärften Klassenkampfes, wie wir sie in den Oktobertagen 1956 erlebten, kann sich selbst die kleinste Abweichung von den marxistischen Erkenntnissen zu einer großen Gefahr für den Kampf der Arbeiterklasse auswirken, in viel größerem Maße solche Attacken, wie sie Behrens und Benary gegen die Theorie und Praxis der proletarischen Staatsmacht in der Übergangsperiode führten" (ebenda).

Es gilt also festzuhalten: erste ernsthafte Versuche von DDR-Ökonomen zur Erneuerung der marxistischen Wirtschaftstheorie vom Sozialismus sowie zur Reformierung der Planökonomie in der DDR gerannen so zum "Revisionismus". Und sie wurden - mit speziellem Blick auf die Entwicklungen in Ungarn und Polen - als "Unterstützung der Konterrevolutionäre" behandelt, denn "die von einer Anzahl Wirtschaftswissenschaftler vertretene Auffassung z.B. über das Wertgesetz, über den Kredit u.a. (beruhte) im Prinzip auf derselben Grundlage" wie der Putsch in Ungarn "gegen die Macht der Arbeiterklasse" (ebenda: 261).

3. Die "Revisionismus-Debatte" - eine Kontroverse über Möglichkeiten und Grenzen früher Reformökonomie in der DDR

In dem Diskurs über essentielle Fragen der Theorie und Praxis der Planökonomie in der DDR plädierten insbesondere F. Behrens, G. Kohlmey, A. Benary, K. Vieweg und - mit Abstrichen - H. Wolf für eine entschiedene Reform des zentralistisch-administrativen Wirtschaftssystems mit seinen tradierten Planungs- und Lenkungsmethoden. Ihre Analysen, Kritiken, Fragen und Vorschläge artikulierten sie speziell in den Jahren 1955-57 in Beiträgen auf der theoretischen Akademie-Konferenz "Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik" (vgl. Protokoll 1955), auf Tagungen des am Akademie-Instituts für Wirtschaftswis-

senschaften angesiedelten Arbeitskreises "Geldtheorie" sowie in Aufsätzen der Zeitschriften "Wirtschaftswissenschaft", "Deutsche Finanzwirtschaft" und "Geld und Kredit".

Zur besonderen Quellengeschichte der "Revisionismus-Debatte" gehört auch, daß Behrens und Benary im Jahre 1956 im Verlag "Die Wirtschaft" eine Broschüre mit zwei Aufsätzen unter dem Titel "Zur ökonomischen Theorie und ökonomischen Politik in der Übergangsperiode" zu veröffentlichen gedachten (vgl. Behrens/ Benary 1956). Diese Schrift, bereits gedruckt und in der "Vorbemerkung des Verlages" als eine Arbeit angezeigt, "die sich mit brennenden Problemen der ökonomischen und politischen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik befassen" sowie "einen wissenschaftlichen Meinungsstreit zu den von den Verfassern behandelten Fragenkomplexen ... entfalten" würde (ebenda: 4), durfte jedoch auf Weisung der SED-Führung nicht ausgeliefert werden (vgl. dazu auch Steiner 1992: 1164-1165). Die beiden Artikel erschienen dann - nachdem Walter Ulbricht sie Ende Januar 1957 auf der 30. Tagung des ZK der SED mit scharfer Kritik bedachte, obwohl sie der Öffentlichkeit wie auch der Mehrzahl der ZK-Mitglieder unbekannt waren - begleitet von einer bestellten herben "Kritik" in einem Sonderheft der Zeitschrift "Wirtschaftswissenschaft" von 1957.

Worin bestand der wesentliche Gehalt der Überlegungen und Vorstellungen der o.g. Wirtschaftswissenschaftler? Drei Aspekte verdienen besondere Aufmerksamkeit.

Erstens wandten sie sich gegen die staatliche Überzentralisierung in der Wirtschaftslenkung, die damit verbundene Bürokratisierung, stritten für eine nachhaltige Dezentralisierung ökonomischer Abläufe und Entscheidungen. Fritz Behrens (1957: 117-118) schrieb in diesem Zusammenhang: "Aber ebenso, wie die Zentralisierung keine obligatorische Form der Leitung des sozialistischen Staates ist, so ist auch die zentrale Weisung keine obligatorische Form der Leitung der sozialistischen Wirtschaft. In dem Maße, wie die ökonomischen Gesetze der sozialistischen Produktion zu wirken beginnen, d.h. in dem Maße, wie sich die sozialistischen Produktionsverhältnisse festigen, muß die Leitung der Wirtschaft durch zentrale Weisung zurücktreten, da sie sonst zu einem Hemmschuh der weiteren Entwicklung wird. Die wachsenden Produktivkräfte und das ökonomische System des Sozialismus geraten dann in Widerspruch zu der Leitung der Wirtschaft durch zentrale Weisung." Prononciert erklärte er: "Die Auffassung, daß der Staat alles könne und daß jede, auch die privateste Angelegenheit staatlich geleitet und kontrolliert werden müsse,

ist nicht sozialistisch, sondern 'preußisch', d.h. junkerlich-monopolistisch. Sozialistisch, das heißt marxistisch-leninistisch, ist die Auffassung vom Absterben des Staates in dem Maße, wie die sozialistischen Produktionsverhältnisse sich festigen und die kapitalistische Bedrohung unwirksam wird" (ebenda: 125). Und an anderer Stelle - eben mit Blick auf die berühmte Formel von Marx und Engels vom "Absterben des Staates" innerhalb des Sozialismus-Kommunismus - betonte Behrens explizit, daß dies einhergehen muß mit "Dezentralisierung" und "Ersetzung der zentralen Weisungen in der Wirtschaft durch ökonomische Politik" (ebenda: 130). Die Wirtschaftsleitung ist "mit einem Mindestmaß zentraler Anweisung und einem Höchstmaß an Initiative und Selbständigkeit 'von unten'" anzugehen (ebenda: 118).

Gunther Kohlmey (1956a: 11) kam im Ergebnis seiner Untersuchungen zur Planwirtschaft in der DDR zu der Erkenntnis: "Unser bisheriges Planungssystem basierte (im Prinzip!) auf dem administrativen Befehl und war folglich nicht das, was es als Bestandteil der werdenden sozialistischen Gesellschaft sein muß: ein gelenkter Mechanismus ökonomischer Wirkungskategorien." Arne Benary (1957: 63) registrierte, daß die "in den vergangenen Jahren angewandten Methoden der Wirtschaftsführung - und das ist keine neue Erkenntnis - ...mit einer übermäßigen Administrierung und Reglementierung der Wirtschaftstätigkeit der Betriebe belastet (waren)".

Substantiell begründet wurde die Notwendigkeit des Übergangs von der zentralistisch-administrativen zu einer ökonomischen Wirtschaftslenkung vor allem damit, daß sich die bisherigen Planungs- und Leitungsmethoden historisch überlebt haben. Ihre Berechtigung bzw. Gültigkeit sein nur für die Etappe der Eroberung der ökonomischen Herrschaft über das kapitalistische System gegeben. Programmatisch und mit Gespür für die realen Konflikte entwickelte Behrens, der als Chef der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik und Mitglied des Ministerrates der DDR schon eine recht intime Kenntnis der Strukturen und Mechanismen der Planökonomie besaß, daß die "staatliche Administration...eine progressive Rolle (spielt), solange die neuen Produktionsverhältnisse erst geschaffen werden müssen und solange sie noch nicht genügend gefestigt sind. Ist das aber der Fall, so muß sie abgebaut und ersetzt werden durch die wirtschaftspolitische Ausnutzung der Wirkungsweise der ökonomischen Gesetze. Geschieht das nicht, so muß dies zu Gegensätzen zwischen dem bürokratischen Verwaltungsapparat und den Werktätigen führen. Die Folgen hiervon sind Hemmungen des ökonomischen Fortschritts, z.B. in der Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Arbeitszurückhaltung

seitens der Arbeiter und Zurückhaltung bei der Einführung technischer Neuerungen seitens der Leiter der Betriebe. Das zieht wieder eine Erhöhung der Administration nach sich, so daß sich schließlich beide Prozesse wechselseitig bedingen und an die Stelle des ständigen Fortschritts Züge der Stagnation treten" (Behrens 1957: 129).

Bemerkenswert ist in diesem Kontext, daß sich die "revisionistischen" Wirtschaftswissenschaftler mit ihrer Kritik an Überzentralisierung, Hyperadministration und Bürokratisierung der Wirtschaftslenkung in der DDR im Grunde innerhalb der Orientierungen bewegten, die von der SED-Führung im Spätherbst 1954 auf der 21. Tagung des ZK ausgegeben wurden. Dort war u.a. gerade auch die Vereinfachung und Entbürokratisierung des Modus der zentralen Planung sowie der Übergang zu einer stärker auf Effizienz und Rentabilität ausgerichteten Wirtschaftsführung in den Betrieben und Industriezweigen beschlossen worden.

Zweitens kamen die genannten Ökonomen auf Grund ihrer Untersuchungen zu der Erkenntnis, daß die überkommene Wirtschaftslenkung in der DDR angesichts des starren zentralistischen Planungs- und Weisungssystems nur eine ungenügende Berücksichtigung der ökonomischen Interessen der verschiedenen Wirtschaftssubjekte auf den einzelnen Ebenen der Volkswirtschaft zugelassen hat bzw. zuläßt. Dies habe wesentlich ein in Qualität und Menge unbefriedigendes Güterangebot in der DDR bewirkt.

Aus dieser Tatsachenfeststellung wurde die Notwendigkeit des breiteren Einsatzes ökonomischer Lenkungsmethoden abgeleitet und eine konsequentere Berücksichtigung des Wertgesetzes, d.h. des Marktes, von partiell freier Preisbildung, Rentabilität sowie monetärer Kategorien wie Preis, Gewinn, Kosten, Kredit und Zins begründet. Die Zielvorstellung der damaligen Reformökonomien der DDR war entscheidend bestimmt vom Konzept einer effizienteren Planwirtschaft!

Gunther Kohlmey, in jener Debatte besonders Themen der monetären Steuerung einer Volkswirtschaft verbunden, verwandte zur Verdeutlichung des inhaltlichen Anliegens entsprechender Aktivitäten bereits die für diese Zeit und einen Vertreter der marxistisch-leninistischen Politischen Ökonomie schon überraschende Formulierung: "Auch der Sozialismus ist (nationale und internationale) Marktwirtschaft..." (Kohlmey 1956b: 186). An anderer Stelle schrieb er: "In Unkenntnis des komplizierten objektiven ökonomischen Mechanismus glaubten wir oft, den harten ökonomischen Zwang durch Be-

triebskonferenzen, Parteaufträge, Agitatoreneinsätze usw. ersetzen zu können ... Oft genug wurde bei uns der Versuch unternommen, die ökonomischen Faktoren niederzuadministrieren" (Kohlmey, 1956c: 449).

Diagnostiziert wurde, daß die Betriebe in der DDR bislang "nur unzureichend dem ökonomischen Zwang der Wertkategorien" unterlagen. Der Wirkungskraft der Wertformen (Geld, Preis, Kosten, Lohn, Kredit, Finanzen usw.) im sozialistischen Reproduktionsprozeß wirkte die Administration oft entgegen" (Kohlmey 1956a: 11). Kurzum: es ging um die "Ökonomisierung unserer Wirtschaftsführung, d.h. um die richtige zentrale und dezentralisierte Ausnutzung der Wertformen" (Kohlmey 1956d: 1158). Mit Vehemenz polemisierte Kohlmey (1956c: 447) gegen die seiner Meinung nach "falsche Vorstellung", als sei das Wertgesetz "ein notwendiges Übel, dessen Aktionsradius man tüchtig beschneiden müsse". Zu Recht wurde dem Geld, einem funktionierenden Geld- und Finanzsystem sowie einer unabhängigen Notenbank eine Schlüsselrolle bei der "Ökonomisierung der Wirtschaft" beigemessen (vgl. auch Kohlmey 1956e). Mit Blick auf die ökonomische Stellung der Staatsbank in der DDR konstatierte Kohlmey, daß im "- wie wir jetzt eindeutig aussprechen müssen - falschen Planungssystem...die Staatsbank, zugespitzt formuliert, kein ökonomisches Organ, sondern eine administrative Behörde (war)...Es wird die These vertreten, daß der gesamte Notenbankmechanismus Teil des Staatsapparats sei...Diese Behauptung dürfte nicht haltbar sein. Selbstverständlich übt die Leitung der Staatsbank bestimmte Staatsfunktionen aus; aber das Banksystem ist Teil der ökonomischen Basis des Systems der Produktionsverhältnisse, denn es absolviert Bewegungen des Zirkulationsprozesses. Wir müssen die Staatsbank energischer zu einer Institution machen, die mit Hilfe von Kredit, Zins, Verrechnungen und Bargeldemission selbständiger, beweglicher und rationeller als bisher den Reproduktionsprozeß so steuert, daß er proportional verläuft" (Kohlmey 1956a: 11-12).

Behrens hatte sich insbesondere auch dem Preis, den Prinzipien der Preisbildung in der Plan-ökonomie zugewandt (vgl. Behrens 1957: 136ff) und dabei betont, daß diese Prinzipien "die Tatsache berücksichtigen (müssen), daß nur ein die objektiven ökonomischen Gesetze widerspiegelndes Preissystem die wirtschaftliche Rechnungsführung der Betriebe festigt, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur Senkung der Selbstkosten der Produktion beiträgt" (ebenda: 137). Er plädierte dabei u.a. dafür, auf dem Konsumgütermarkt innerhalb "genau abgesteckter Grenzen eine freie Preisbildung zuzulassen"

und "das Gesetz von Angebot und Nachfrage für die Bildung eines - ökonomisch richtigen - Preissystems auszunutzen" (ebenda: 139).

Wider die verbreitete Auffassung polemisierend, wonach in einer sozialistischen Wirtschaft der Staat "alles kann", machte er deutlich, daß sich harte ökonomische Fakten und Gesetze nicht durch "juristische Gesetze - auch nicht in Form von [staatlichen, G.K.] Preisveränderungen" (Behrens 1957: 140) ersetzen lassen. Und da der Staat "ökonomische Prozesse nicht durch Verordnungen und Anweisungen ersetzen kann, kann er auch das Wertgesetz nicht ersetzen. Das Wertgesetz wirken lassen, das bedeutet elastische Preispolitik und bewegliche Preise anstelle starrer Preispolitik und unveränderlicher Preise" (Behrens 1957: 140).

Zweifellos stellten diese Mitte der fünfziger Jahre entwickelten Gedanken und Argumente ein gewichtiges, gerade auch empirisch nachprüfbares Plädoyer für eine dringend notwendige Aufwertung ökonomisch-monetärer Faktoren, Kategorien und incentives in der Theorie und Praxis der sozialistischer Wirtschaft dar. Ideengeschichtlich trugen diese Positionen schon einen bestimmten Pioniercharakter innerhalb der Offizialökonomie des Staatssozialismus.

Drittens haben die "revisionistischen" Wirtschaftswissenschaftler konzeptionelle Vorstellungen über eine weitreichende Dezentralisierung der DDR-Wirtschaft bzw. eine "Selbstverwaltung der Wirtschaft durch die Werktätigen" entwickelt.

So vertrat Fritz Behrens (1957: 132) die Auffassung, daß "die Planung der Wirtschaft nicht zentral durch eine oberste Wirtschaftsbehörde, die staatliche Plankommission, bis in alle Einzelheiten" erfolgen könne, "sondern daß die spezifischen wirtschaftlichen Prozesse und Maßnahmen in Selbstverwaltung und Eigenverantwortlichkeit auf Grund von Hauptkennziffern, die die Entwicklungsrichtung festlegen, durchgeführt werden" sollte. Das bedeutet vor allem, "daß die Betriebe ökonomische Selbständigkeit besitzen" (ebenda). Und wie die "Dezentralisierung der staatlichen Aufgaben notwendig ist, um den demokratischen Zentralismus zu verwirklichen, so ist ohne Selbstverwaltung der Wirtschaft ihre rationelle Leitung nicht möglich" (ebenda: 135).

Arne Benary kam bei der Untersuchung der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, ihrer zwei Etappen zu der Auffassung, daß die DDR, bezogen auf den Reifegrad ihrer damaligen ökonomischen Verhältnisse, sich nun in der zweiten Etappe befinden würde. Als Konsequenz ergab sich für ihn

daraus: "Während in der ersten Etappe...der Staatsapparat eine selbständige ökonomische Funktion besitzt, weil die administrative Methode der Leitung objektiv notwendig ist, muß er in der zweiten Etappe diese selbständige ökonomische Funktion schrittweise verlieren. In der ersten Etappe ist der Staatsapparat das Hauptinstrument der proletarischen Diktatur auf wirtschaftlich-organisatorischem Gebiet. In der zweiten Etappe dagegen verliert der Staatsapparat diese Bedeutung; ein funktionsfähiges Zentralbanksystem, das nicht nur als Kontroll-, sondern vor allem auch als Leitungsinstrument dient, wird z.B. unvergleichlich wichtiger. In der ersten Etappe der Übergangsperiode erfolgt die Vergesellschaftung des Eigentums an den Produktionsmitteln...zunächst in der Form, daß der zentralisierte Staatsapparat die Verfügungsgewalt ausübt, Produktionsmittel und Produktion verwaltet. In der zweiten Etappe muß als weiterer Schritt die Vergesellschaftung auch der Verwaltung der Produktionsmittel und der Produktion erfolgen. Die Selbstverwaltung der Wirtschaft kann und muß jetzt an die Stelle der Verwaltung der Wirtschaft durch den zentralisierten Staatsapparat treten" (Benary 1957: 89). Und Kohlmei sah in diesen notwendigen Prozessen bzw. Veränderungen "eine weitere Demokratisierung unseres gesamten wirtschaftlichen Lebens," (Kohlmei 1956d: 1158).

Wie sind nun die hier vorgestellten Auffassungen jener des "Revisionismus" bezichtigten Wirtschaftswissenschaftler einzuordnen?

Ungeachtet durchaus vorhandener Differenzen in den Denkansätzen der einzelnen Ökonomen, ihrer teilweise unterschiedlichen Akzentsetzungen in den interessierenden Problemlagen, manch sicher strittiger Ableitungen und Argumentationen stellen ihre Überlegungen ein für die Mitte der fünfziger Jahre höchst bemerkenswertes Theorie- und Problembewußtsein von Ökonomen in marxistischer Theorettradition dar. Dies wird um so deutlicher, wenn man sich der lang anhaltenden Stagnation wirtschaftstheoretischen Denkens unter der Ägide Stalinscher Politischer Ökonomie des Sozialismus erinnert. Ihr Erkenntnisstand in Sachen Planökonomie des Staatssozialismus sowie die von ihnen angeregten Umbauten im volks- und betriebswirtschaftlichen Anreiz- und Lenkungssystem, die wissenschaftlichen Anregungen zu "mehr Markt, weniger Staat" innerhalb einer realsozialistischen Wirtschaftsordnung berechtigen von der Existenz einer frühen Reformökonomie in der DDR zu sprechen. Dabei handelt es sich um eine Reformökonomie, die sich jedoch nicht als ein Beitrag zur Beseitigung, sondern zur Verbesserung des Sozialis-

mus im Hinblick auf mehr ökonomische Stabilität und Rationalität, Demokratie und Humanismus verstand.

Anders formuliert: ordnungstheoretische Grundfragen wurden nicht erörtert. Der Wirtschaftstypus Planökonomie selbst als *casus* aller diagnostizierter Konflikte und Disfunktionen stand nicht zur Debatte, wohl aber Formen und Mechanismen seiner Ausgestaltung. Diese Ökonomen waren nicht angetreten zur prinzipiellen Widerlegung der marxistischen Wirtschaftstheorie vom Sozialismus, sondern zur - letztlich aussichtslosen - Zurückweisung von doktrinären Leerformeln tradierter Offizialökonomie. Sie haben etwas in Theorie und Praxis der Planökonomie gewollt, was nicht zu verwirklichen war.

Die sich im Staatssozialismus jener Zeit geschichtlich vorübergehend bietenden Möglichkeiten zur Thematisierung von Defekten des Wirtschaftssystems sowie Notwendigkeiten seines Umbaus suchte also eine Reihe von Wirtschaftswissenschaftlern der DDR schon zu nutzen. Wurde auch kein geschlossenes Konzept einer Reformökonomie entworfen, so doch gewichtige Teile dafür. Überlegungen in Richtung Abbau staatlicher Überzentralisierung, Verankerung von "mehr Markt", Dezentralisierung der Wirtschaft, Schaffung ökonomischer Selbständigkeit der Betriebe und Demokratisierung ökonomischer Entscheidungsprozesse behandelten schon essentials eines solchen Konzepts. Insofern kann Achim Beyers Sicht auf die *vor* 1963, d.h. vor dem Beginn der Zeit des Neuen Ökonomischen Systems (NÖS) stattfindenden wirtschaftswissenschaftlichen Debatten schon nachvollzogen werden: "Mitteldeutsche Wissenschaftler...können berechtigt stolz darauf sein, in ständiger Auseinandersetzung mit Dogmatikern eine ganze Reihe eigenständiger wirtschaftstheoretischer Beiträge geliefert zu haben" (Beyer 1967: 358).

Mit ihrem Versuch, für grundlegende Probleme der Planwirtschaft in der DDR neue theoretische und praktische Lösungen zu denken, provozierten die kritischen Wirtschaftswissenschaftler unter den obwaltenden Umständen eine äußerst heftige, vor allem politisch eingefärbte Polemik seitens der SED-Führung und ihr eng verbundener Ökonomen. Sie fand ihren Höhepunkt in dem bekannten "Revisionismus"-Vorwurf, in der für Offizialwissenschaften schwerwiegenden Beschuldigung, "unter der Flagge des 'freien' wissenschaftlichen Meinungsstreits und des Kampfes gegen den Dogmatismus bestimmte Prinzipien des Marxismus-Leninismus zu leugnen" (Kampfert 1957: 2).

Die Auseinandersetzung mit den des "Revisionismus" bezichtigten Wirtschaftswissenschaftlern gruppierte sich dann insbesondere um die Themen:

- "Absterben des Staates" in der Übergangsperiode, also um die Fragen der Staatstheorie,
- Wirken des Wertgesetzes innerhalb der Planökonomie des Staatssozialismus,
- Spontaneität und Bewußtheit in der Wirkungsweise der ökonomischen Gesetze innerhalb der Übergangsperiode (vgl. ebenda: 2-3).

Bei dem erstgenannten Themenbereich wurde ihnen auf ihre Darlegungen entgegnet, daß die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse wohl die spezifischen Funktionen des kapitalistischen Staates beseitigt. Doch zugleich schließe - so Herbert Luck (1957: 100) - "die Diktatur des Proletariats neue staatliche Funktionen ein, die unbedingt gefestigt werden müssen. Gerade darum geht es gegenwärtig in der Deutschen Demokratischen Republik".

Der speziell von Behrens vertretene Ansatz vom "Absterben des Staates" bzw. die Auffassung von der "Dezentralisierung der Wirtschaft" würde die wirtschaftlich-organisatorische Funktion des sozialistischen Staates aushöhlen (vgl. Naumann 1957b: 166), stelle eine Unterschätzung der Rolle des Staates und der Partei" (ebenda: 165) dar. Und die entwickelten Vorstellungen bzw. Vorschläge über die Stellung des Bank- und Finanzsystems in einer Planwirtschaft würden nicht nur die Existenz eines einheitlichen sozialistischen Finanzsystems in der DDR negieren, sondern "im Prinzip auf eine Herabsetzung der Bedeutung des sozialistischen Staates beim Aufbau des Sozialismus" hinauslaufen (Rohde/ Neltner/ Reuschel 1958: 187).

In der Frage des Wertgesetzes, der konsequenteren Einbeziehung der Kategorien der Warenproduktion in die Wirtschaftsplanung und -lenkung lautete der Vorwurf, daß insbesondere "in der Diskussion über die Rolle und Ausnutzung des Wertgesetzes in der sozialistischen Wirtschaft" die eigentlichen "Wurzeln der revisionistischen Fehler" liegen würden (Lemnitz 1957: 82). Letztlich werde das Wertgesetz als "das zentrale Gesetz in der Ökonomik der Übergangsperiode" gefaßt (Kampfert 1957: 8). Damit würden jedoch das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus sowie das Gesetz von der planmäßig-proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft in den Hintergrund treten.

Und wenn man dem Wertgesetz einen großen Spielraum zur Einwirkung auf die Produktion gebe, dann muß auch - so die Kritik - "mit der möglichen Konsequenz gerechnet werden, daß das Wertgesetz schlechthin zum Regulator der Produktion wird" (Luck 1957: 103) Dieses Argumentationsraster wird in ähnlicher Weise auch von anderen Kaderökonomen vorgetragen (vgl. Lemnitz 1957: 82; Rohde/ Neltner/ Reuschel 1958: 188; Oelsner 1957: 69).

Schließlich wurde zur Frage von Spontaneität und Bewußtheit vorgebracht, daß bei einer Auf-fassung, wonach die Handlungen der Menschen auch in der sozialistischen Gesellschaft zunächst und vor allem spontane Handlungen seien, die der Staat und die Partei nur ausnutzen, bestenfalls zu beeinflussen vermögen, sich die ökonomischen Gesetze des Sozialismus von allein, durch die spontanen menschlichen Handlungen realisieren, man dann auch "die von der Partei der Arbeiterklasse vorgeschlagenen und von der Regierung ergriffenen Maßnahmen zur Verwirklichung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus unterschätzen und ablehnen" mußte (Naumann 1957b: 160). Und eine solche Position sei natürlich für die mit dem Sozialismus und der SED verbundenen Wirtschaftswissenschaftler völlig inakzeptabel, sie stelle letztlich eine ernsthafte Gefahr für Wirtschaft und Gesellschaft in der DDR dar.

Die auf diese Weise massiv kritisierten Ökonomen, vor allem Behrens, Benary und Kohlmey, mußten nun in zutiefst demütigender Weise reagieren und damit auch die Erfahrung machen, daß einem Diskurs über Möglichkeiten von Reformökonomie in der DDR sehr enge Grenzen gesetzt waren.

Fritz Behrens antwortete zuerst auf die im Sonderheft der "Wirtschaftswissenschaft" von 1957 vorgetragenen Einwände der Ökonomen Karl Kampfert, Helmut Richter, Herbert Luck sowie des Philosophen Herman Scheler mit einem Anfang 1958 publizierten Aufsatz unter dem Titel "Die Planung und Leitung der Volkswirtschaft - eine Stellungnahme" (Behrens, 1958: 31ff). Dann lieferte er 1958 und 1960 eine öffentliche "Selbstkritik", bekannte gegen die "Linie der Partei" opponiert zu haben (Behrens 1960: 650-651). Dabei erklärte er als die zwei entscheidenden "Fehler" seiner Konzeption, daß er zum einen "das Absterben des Staates" in der Übergangsperiode auch auf die "Beseitigung der wirtschaftlich-organisatorischen Funktion des Staates" bezogen habe, die "ich durch eine Selbstverwaltung der Wirtschaft zu ersetzen vorschlug" (ebenda: 650). Zum anderen habe er Widersprüche in der Wirtschaftslenkung "durch eine Erweiterung des Wirkungsbereiches des Wertgesetzes" überwinden wollen anstatt "durch eine Verstärkung der wirt-

schaftlich-organisatorischen Funktion des Staates" auf der Basis des demokratischen Zentralismus (ebenda).

In der schließlich erst 1961 erschienene Broschüre "Ware, Wert und Wertgesetz" (Behrens 1961) - das Manuskript war bereits im September 1958 abgeschlossen, mußte jedoch im Mai 1959 auf Weisung der SED-Führung einer ersten sowie im August 1960 einer zweiten "Überarbeitung" unterzogen werden - bezichtigte sich Behrens, mit seinen Auffassungen, speziell der These vom "Beginn des Absterbens des Staates bereits in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus...objektiv - wie das 30. Plenum des ZK der SED feststellte - die Aufweichpolitik, die die Imperialisten gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik treiben" (ebenda: 5), unterstützt zu haben.

Seine "Stellungnahme" aus dem Jahre 1958 geriet erneut in das Kreuzfeuer parteioffizieller Kritik (vgl. Redaktionskollegium 1958: 22ff; Bichtler und Zieschang 1958: 39ff). Dabei haben sowohl das Redaktionskollegium der "Wirtschaftswissenschaft" wie auch Bichtler und Zieschang besonderes Gewicht auf den Nachweis gelegt, daß Behrens "seine falschen Auffassungen noch nicht überwunden" habe, man sich "mit dieser Stellungnahme...keineswegs zufriedengeben" könne, und es sich bei den Positionen Behrens "nicht um einige falsche Auffassungen, sondern um ein ganzes System revisionistischer Gedanken, um eine revisionistische Konzeption" (ebenda: 49) handele. Schließlich vertrete er eine "Grundauffassung", die "nicht marxistisch-leninistisch, sondern bürgerlich" sei (Redaktionskollegium 1958: 27).

Behrens hatte zudem in der "Stellungnahme" seine Ansicht wiederholt und verteidigt, daß die Widersprüche in der Volkswirtschaft der DDR "nicht nur im subjektiven Versagen Einzelner, sondern auch in objektiven Ursachen unseres gegenwärtigen Planungs- und Leitungssystems...gesucht werden müssen" (Behrens 1958: 37). Das heißt, er hatte einen Erklärungsansatz präferiert, der auf die *inneren* Bedingungen des realsozialistischen Wirtschaftssystems abhob. Das Redaktionskollegium der "Wirtschaftswissenschaft" fragte hingegen polemisch, ob es "ein Zufall" sei, daß Behrens "mit keiner Silbe erwähnt, daß die wirklich objektiven Ursachen unserer Mängel und Schwierigkeiten in Produktion und Versorgung in der Spaltung Deutschlands und der aktiven Sabotage der westdeutschen Imperialisten gegen unsere Republik und im Zurückbleiben der Bewußtseinsentwicklung bei vielen Werktätigen zu suchen sind" (Redaktionskollegium 1958: 29) - also stärker auf *außerhalb* des

Lenkungssystems der Planökonomie liegende bzw. wirkende Ursachen und Faktoren setzte.

Gunther Kohlmey nahm, nachdem ihn Walter Ulbricht im Sommer 1957 in einem persönlichen Gespräch zu einer öffentlichen Stellungnahme aufgefordert hatte (vgl. Kohlmey 1992: 89), im Jahre 1958 in der "Wirtschaftswissenschaft" sowie in der "Deutschen Finanzwirtschaft" zu seinen theoretischen Positionen und seiner Leitungstätigkeit als Direktor des Akademie-Instituts für Wirtschaftswissenschaften "selbstkritisch" Stellung. Dabei bekannte er in seinem - so seine heutige Wertung - "schäbigen Beitrag" (ebenda) in der "Wirtschaftswissenschaft" u.a. "politische Fehler", die dann zu "theoretischen Fehlern" geführt hätten (Kohlmey 1958a: 369). Hierbei sprach er ausdrücklich seine 1956 vertretene These von der größeren Selbständigkeit der Staatsbank an, nahm diese zurück. Diese These konnte, "besonders in der damaligen Situation, nur desorientieren. Es widersprach auch allen Tatsachen, von unserer Staatsbank zu behaupten, sie sei kein 'ökonomisches Organ', sondern 'eine administrative Behörde' gewesen... Ich muß heute feststellen, daß meine Kritik aus einer zu jener Zeit politisch keineswegs richtigen Haltung resultierte und theoretisch mehrfach unklar war, wobei ich nichtmarxistischen Konzeptionen direkt Vorschub leistete" (Kohlmey 1958b: 237-238).

Liest man heute diese Zeugnisse von "Selbstkritik", so stellt sich doch Betroffenen ein. Dabei steht nicht der durchaus normale Prozeß innerwissenschaftlicher Kritik mit pro und contra, in dessen Ergebnis vertretene Auffassungen schon überdacht, präzisiert oder natürlich auch korrigiert, zurückgenommen werden können bzw. müssen, zur Rede. Zum Problem erwächst vielmehr der herrschaftsbestimmte Diskurs in den Offizialwissenschaften des Staatssozialismus in der DDR. Es geht um den beschämenden Vorgang ritualisierter politischer Denunziation, die - offen oder "wissenschaftlich" verbrämt vorgetragen - zur reuigen Selbstkasteiung der "Bösen" führte und im Treuebekenntnis zum Marxismus-Leninismus bzw. zur "Linie der Partei", der "Richtigkeit" ihrer Politik und Beschlüsse gipfelte. Insofern offenbarten sich hier auch die Grenzen der frühen Reformökonomie in der DDR. In den institutionalisierten Wirtschaftswissenschaften gebot das Machtmonopol der SED-Führung wesentlich über Konzepte der Veränderung. Hier wurde auch eine entsprechende Diskursnormierung vorgegeben, die neben der ohnehin schon präsenten "Schere im Kopf" auf das Denken und Schreiben der Wissenschaftler Einfluß ausübte.

Eine kritische Ökonomie, die existente Strukturen und Lenkungsmethoden ernsthaft diskutierte, nach Alternativen in Wirtschaftstheorie und -politik suchte, konnte auf Dauer keinen Einfluß erlangen. Dies auch deshalb, weil selbst nicht wenige der kritischen, als "Revisionisten" etikettierten Ökonomen längerfristig auf die Lernfähigkeit und das Selbstheilungspotential der Planökonomie des Staatssozialismus setzten. Ein Bruch mit diesem Sozialismus und seiner Wirtschaftslehre kam auf Grund stabiler politischer und wissenschaftlicher Traditionen bei der Mehrzahl der Ökonomen nicht in Frage. Wolfgang Harich als herausragender Protagonist des philosophischen "Revisionismus" in der DDR Mitte der fünfziger Jahre in das Fadenkreuz wissenschaftlicher wie persönlicher Repression geraten, bemerkte zu dieser skizzierten Position bzw. zu diesem Verhalten oppositioneller Kräfte in der SED und in den Geistes- und Sozialwissenschaften: "Ja, aber ein solches Verhalten ist zu verstehen bei Menschen, die Fleisch vom Fleisch, Geist vom Geist dieser Partei waren, die sie auch gar nicht bekämpfen, sondern der sie helfen wollten, auf einen neuen Weg zu finden" (Harich 1993: 194).

4. Über den Umgang mit der "Revisionismus-Debatte" in den Wirtschaftswissenschaften der DDR

Zu den bedrückenden Erkenntnissen in Sachen Wirtschaftswissenschaften in der DDR gehört, daß es zu Zeiten politbürokratischer Herrschaft und Dominanz von Offizialökonomie keinerlei Problematisierung oder gar Korrektur des "Revisionismus"-Verdikts gegenüber den davon betroffenen Ökonomen. Allerdings wußten einzelne Wirtschaftswissenschaftler schon zu unterscheiden zwischen ernsthaften theoretischen Fehlern und revisionistischen Positionen, bewahrten kollegial-wissenschaftliche Loyalität gegenüber den Gescholtenen (vgl. beispielsweise Kuczynski 1994: 123) oder gaben Unterstützung bei den aufgeworfenen theoretischen Fragen (vgl. beispielsweise Koziolk 1957: 65ff).

Als mit der Einführung des NÖS in den Jahren 1963/64 deutliche Zeichen einer Wirtschaftsreform erkennbar waren, die auf einen konsequenteren Einsatz von ökonomischen Anreiz- und Lenkungsmechanismen setzte und insofern eine Nähe zu den Anregungen und Vorschlägen von Behrens, Kohlmeier, Benary, Wolf und anderen assoziiert werden konnte, zumal das NÖS, so Walter Ulbricht im Jahre 1964, "keine Erfindung (ist), die aus heiterem Himmel kommt" (Ulbricht 1964: 17), wurde jedwede Verbindung zu Anschauungen der "Revisionisten" zurückgewiesen. Albrecht Heinze schrieb in diesem Zusammenhang: "Das neue ökonomische System ist weder eine Aufwertung von früheren revisionistischen Auffassungen, noch die Einführung

der freien Marktwirtschaft` in der DDR" (Heinze 1965: 1487). Bei Ulbricht findet sich im Kontext seiner Ausführungen zum NÖS die Erklärung: "Wir streben also genau das Gegenteil dessen an, worauf seinerzeit gewisse revisionistische Elemente hinauswollten. Sie hätten eine Schwächung und Untergrabung der sozialistischen Staatsmacht durch eine fragwürdige 'Selbstverwaltung' der Wirtschaft und der Betriebe zur Folge gehabt" (Ulbricht 1966: 114).

In Abhandlungen aus dem Jahre 1982 über die politökonomischen Diskussionen zu den Ware-Geld-Beziehungen in der DDR in den fünfziger Jahren ist zu lesen, daß "die bürgerliche Öko-nomie und der Revisionismus feindliche Konzeptionen" einschleusen wollten (Braun 1982: 574): "Mit dem Anspruch, wirksamere Methoden der Leitungs- und Planungsprozesse, der Entwicklung des Schöpfungstums der Werktätigen und der Steigerung der Arbeitsproduktivität vorzuschlagen, wurde letztlich die Notwendigkeit der führenden Rolle der marxistisch-leninistischen Partei und der zentralen staatlichen Planung in Frage gestellt und versucht, diese durch eine 'Lenkung der Spontaneität' zu ersetzen" (ebenda). Dann folgt ein Verweis auf die Artikel von Fritz Behrens und Arne Benary in dem schon erwähnten Sonderheft der "Wirtschaftswissenschaft" aus dem Jahre 1957. Analoge Darstellungen finden sich in den Standardtexten der politökonomischen Theoriengeschichte aus den Jahren 1985 und 1986 (vgl. Geschichte 1985: 853; Geschichte 1986: 182-183). In dem 1989 editierten "Ökonomenlexikon" werden wiederum in den Artikeln über Behrens und Kohlmey mit keinem Wort ihre speziellen Beiträge im Rahmen der "Revisionismus-Debatte" bzw. ihre entsprechende Klassifizierung erwähnt (Ökonomenlexikon 1989: 34ff, 264ff). Sicher kann dies bereits als "optimale" Wertung unter den obwaltenden Umständen des Staatssozialismus in der DDR interpretiert werden.

In einer anlässlich seines 75. Geburtstages im Juli 1988 veröffentlichten Laudatio für Gunther Kohlmey (vgl. Jahrbuch 1989) findet sich kein Hinweis darauf, daß er mit seinen Überlegungen Mitte der fünfziger Jahre beachtenswerte Anregungen für eine Erneuerung der Theorie und Planökonomie lieferte, doch dafür von der SED-Führung und ihren wirtschaftswissenschaftlichen Aburteilern rüde gescholten wurde. Auch auf einem im Oktober 1989 (!) am Akademie-Institut für Wirtschaftswissenschaften veranstalteten Fritz-Behrens-Kolloquium vermieden es die referierenden Ökonomen, sich zur Thematik "Fritz Behrens und der 'Revisionismus'" reflektierend zu positionieren bzw.

einst gefällte Urteile im Lichte neuerer Entwicklungen und Erkenntnisse kritisch zu hinterfragen (vgl. Parakenings 1990: 407ff).

Nach der "Wende" haben sich vor allem Helmut Steiner (vgl. Steiner 1990: 80ff; Steiner 1992: 1160ff; Steiner 1993), doch auch Gunther Kohlmey selbst (vgl. Kohlmey 1991: 9ff; Kohlmey 1992: 88ff), in verdienstvoller Weise einigen der in der "Revisionismus-Debatte" agierenden Ökonomen zugewandt. Dabei konnten auch der Forschung erstmals zugängliche Quellen aus dem Zentralen Parteiarchiv der SED erschlossen und für eine kritische Aufarbeitung dieser für die Wirtschaftswissenschaften in der DDR so bedeutsamen Kontroverse nutzbar gemacht werden. Daß ganz offensichtlich bis dato nach wie vor ein Defizit an Kenntnissen über diese Debatte unter deutschen Geistes- und Sozialwissenschaftlern existiert, macht die "redaktionelle Vorbemerkung" der Zeitschrift "Berliner Debatte Initial" zu der von Hans Mottek gelieferten Rezension des nachgelassenen Buches von Fritz Behrens (1992) "Abschied von der sozialen Utopie" deutlich. Da es heißt es u.a., daß er als "Revisionist" behandelt wurde "wegen Positionen, die er gemeinsam mit Ralf Benari [!-G.K.] in der sogenannten 'Praxisdiskussion' [!-G.K.] der 60er Jahre [!-G.K.] vertrat" (1992: 101).

5. Versuch einer Bilanz

Die Bemühungen der Ökonomen um Behrens, Kohlmey und Benary, Theorie und Praxis sozialistischer Wirtschaft in der DDR ab Mitte der fünfziger Jahre einer Reform zu unterziehen, waren als eine ernst gemeinte Alternative zum existenten bürokratisch-administrativen Typus von Planökonomie sowjetischer Prägung konzipiert. Sie belegten zugleich, daß sozialistische Reformökonomien schon fähig waren, strukturell bedingte Konflikte ihres Wirtschaftssystems zu erfassen.

Der hier sichtbar werdende kritische Geist von DDR-Ökonomen war natürlich nicht gegen ihre staatliche oder gesellschaftliche Ordnung gerichtet. Vielmehr ging es zum einen - gerade nach der Phase des Stalinismus mit all den Konsequenzen auch für die Wissenschaften - um eine gewisse Wiederaufnahme des Selbstverständnisses der Wirtschaftswissenschaften als eine problematisierende Disziplin, die auch Normen des wissenschaftlichen Diskurses pflegt. Zum anderen sollte durch bestimmte Veränderungen im Hinblick auf ein Mehr an Markt und Demokratie eine systemkonforme Erhöhung der ökonomischen Effizienz sowie der politischen Stabilität bewirkt werden.

Diese frühe Stufe von Reformökonomie macht demnach deutlich, daß innerhalb der institutionalisierten ökonomischen Wissenschaften der DDR ein kritisches Analysepotential existierte, das zu einem innovativen ökonomischen Denken in der Lage war. Ein bestimmtes (marxistisches) Theorieprogramm wie auch eine bestimmte politische (kommunistische) Überzeugung schlossen nicht von vornherein Erkenntnismöglichkeiten, produktive Forschungen oder solides Arbeiten normalen akademischen Standards aus. Die DDR-Wirtschaftswissenschaften von Beginn an auf eine schlichte Form parteiorganisierten Denkens zu reduzieren, stellt daher nicht nur ein kognitives Eigenleben dieser Wissenschaftsdisziplin in Abrede, sondern übersieht auch, daß es eben recht unterschiedliche historische Perioden ihrer Entwicklung gab.

Die "Revisionismus-Debatte" in den Wirtschaftswissenschaften der DDR belegt, daß es zumindest ansatzweise durchaus streitbare, anregende, in Varianten und Alternativen operierende wirtschaftswissenschaftliche Kapazitäten gab. Doch diese konnten sich im "staatsmonopolistischen Sozialismus" - so ein später von Behrens verwandter Begriff (vgl. Behrens 1992) - gegen die Diktatur der pseudoproletarischen Partielite nicht durchsetzen. Das rigide Abwürgen der ersten Versuche einer Reformökonomie, die massiven Repressionen des SED-Apparats gegenüber ihren Vertretern sollte traumatische Folgen für die weitere Entwicklung der Wirtschaftswissenschaften in der DDR zeitigen.

Wenn parteiseitig via repressive Maßnahmen verordnet wurde, was "Wissenschaft" und was "Revisionismus" ist, wenn dies an fachlich höchst ausgewiesenen Ökonomen, an überzeugten und bekannten Marxisten sowie Kommunisten in einer Art Exempel statuiert wurde, so mußte dies depressive Wirkungen auf die Ökonomen-Zunft insgesamt auslösen, langfristig die Bereitschaft zu innovativer theoretischer Arbeit hintertreiben und eine Atmosphäre produktiv-offener Diskurse entscheidend belasten. Wenn die Überprüfung tradierter ökonomischer Doktrinen, die kritische Analyse des ökonomischen Ist-Zustandes, die freimütige Suche nach Ursachen für entstandene Defizite und Disparitäten in der Planökonomie der DDR, das Aufwerfen neuer Fragen für Wirtschaftstheorie und -praxis sowie das Ausarbeiten alternativer Lösungen als "Abweichung" bzw. "Revisionismus" gebrandmarkt wurde, so offenbarte sich darin nicht nur die Unfähigkeit, souverän mit innovativem Denken umzugehen bzw. es zu stimulieren. Gerade dieser kontraproduktive Umgang mit dem Potential der Wirtschaftswissenschaften mußte auch insofern Auswirkungen von Dauer auf die Entwicklung des Wirtschaftssystems in der

DDR haben, als sich damit ein ernsthaftes Ausbrechen aus dem "bewährten" wissenschaftlichen Kanon, das Ausprobieren bislang nicht praktizierter Methoden, der Einsatz neuer ökonomischer Anreizsysteme und Instrumente, die vergleichende Betrachtung zu anderen ökonomischen Konzepten und Entwicklungswegen im Grunde von selbst verbot.

Die durch diese Umstände schließlich erzeugte "Schere im Kopf" bzw. die vorausseilende wissenschaftliche Selbstamputation erwiesen sich fraglos als beträchtliche Brachlegung produktiv einsetzbarer volkswirtschaftlicher Ressourcen. Anders formuliert: wir haben es hier mit einer spezifischen Seite der durch das "System" bedingten Innovationsschwäche zu tun (vgl. dazu Wagener 1995: 67ff). Und diese trug nicht unerheblich zu geringer Produktivität, Mangelwirtschaft, ökonomischer Rückständigkeit und Implosion des Staatssozialismus in der DDR bei. Gerade auch Verlauf und Ergebnisse der "Revisionismus-Debatte" hatten ihren Anteil daran, daß die Wirtschaftswissenschaften in der DDR jedwede Selbständigkeit gegenüber der SED und ihrer Politik verloren, zu einem wesentlichen Bestandteil der politischen Strukturen und Instrument der Parteipolitik degradiert wurden.

Gregor Schirmer, bis zur Wende stellvertretender Leiter der Abteilung Wissenschaften des ZK der SED, stellte unlängst bei kritischen und selbstkritischen Reflexionen über die massiven Behinderungen in der Forschung sowie die Instrumentalisierung der Gesellschaftswissenschaften fest, daß die Gesellschaftswissenschaftler, von denen die Ökonomen doch eine große Zahl ausmachten, "als politische Funktionäre, als 'Parteiarbeiter an der theoretischen Front' behandelt (wurden), die zu liefern hatten, was die Politik brauchte" (Schirmer 1993: 7). Dies machte - so Schirmer weiter - "Aufrufe zu mehr Kühnheit beim Zutagefördern neuer Erkenntnisse, zu tieferem Eindringen in die Praxis, zu Problemhaftigkeit und kritischem Meinungsstreit, die ich selber oft in Beschlüsse und Reden hineingeschrieben hatte, unglaublich" (ebenda: 10).

Wie läßt sich nun jene vergleichsweise besonders rigide Repression des SED-Parteiapparats gegenüber reformwilligen Ökonomen erklären? Erstens wurzelte sie in einem tiefen Mißtrauen der SED-Führung. Zu Zeiten der Konfrontation und des "kalten Krieges" würden eine derart offene Behandlung der strukturellen Defizite der Planwirtschaft der DDR sowie sichtbar werdendes Nachdenken in Sachen notwendiger Veränderungen im Wirtschaftsgefüge die wunden Punkte des in Angriff genommenen Aufbau des Sozialismus aufgedeckt und man würde auf diese Weise - so die damalige Diktion - "dem

Gegner Material liefern". Der befand sich doch in Gestalt der Bundesrepublik Deutschland unmittelbar vor der Haustür.

Weil die DDR aufgrund der deutschen Zweistaatlichkeit die System-, Klassen- und nationale Frage in besonderer Weise erlebte, aus dieser Auseinandersetzung unbedingt als das "bessere Deutschland" hervorgehen wollte, entwickelte sie auch ein solch hypertrophiertes Sicherheits- und Abwehrdenken, das sich gerade auch in dem sensiblen Bereich der Gesellschaftswissenschaften bemerkbar machte. Daher war ständige "Wachsamkeit" gegen mögliche ideologische Erosionsversuche geboten. "Abweichungen" von der "Generallinie der Partei" sowie offenen wie verdeckten Bemühungen zur Revision der Lehren des Marxismus-Leninismus galt es demzufolge mit aller Entschiedenheit zu begegnen.

Zweitens war dieses Muster intransigenten Verhaltens ein Reflex der DDR auf ihre reale und engagiert wahrgenommene Rolle als am weitesten westlich gelegener Vorposten des staatssozialistischen Lagers. Im Selbstverständnis der SED-Führung erwuchs aus dieser Position für die DDR eine besondere Verantwortung in Fragen der politischen und ideologischen Stabilität, der Wachsamkeit im Kampf für die "Reinheit" der Staatslehre sowie gegen die "bürgerliche Ideologie" und den "Revisionismus".

Drittens hatte die DDR aufgrund einer Reihe besonderer historischer Umstände in der Systemkonkurrenz gegenüber dem Westen eine "Schaufenster"-Funktion wahrzunehmen. Der Herrschaftsapparat der Partei war deshalb in besonderer Weise um den Ausweis einer sicheren ökonomischen, sozialen und politischen Ordnung in der DDR bemüht, schließlich sollte das Beispiel seine Anziehungskraft nicht verfehlen.

Insofern verursachten bei den SED-Obersten Fragen und Zweifel gegenüber den Lehren des Marxismus-Leninismus, Problematisierung der Doktrinen der Politischen Ökonomie des Sozialismus, ungeschminkte Behandlung der ökonomischen Konflikte und Disproportionen in der DDR, Forderungen nach "mehr Markt" und direkter Demokratie, nach Reduzierung des Einflusses von Partei und Staat auf Wirtschaft und Gesellschaft sowie Erörterungen über einen nötigen Umbau in der Ökonomie Ängste darüber, ob die DDR ihre Rolle als Vorzeige- und Musterschüler des Staatssozialismus, als verlässlicher Partner insbesondere der Sowjetunion auch wirklich erfüllen könne. Weil diese Dinge eben als "Gefährdung" oder "Bedrohung" des schon Erreichten interpretiert wurden, provozierten sie so scharfe Reaktionen.

Daß es jedoch nicht ausschließlich nur die "gesellschaftlichen Umstände" der DDR waren, die diesen Typus repressiven Verhaltens gegenüber kritisch-innovativem Denken marxistischer Wirtschaftswissenschaftler hervorriefen, belegt u.a. die Tatsache, daß beispielsweise Fritz Behrens schon 1947, 1949 und 1953-54, d.h. noch vor der Gründung der DDR bzw. gleich in ihren ersten Jahren auf Grund seiner wissenschaftlichen Anschauungen Konflikte mit der Partei und Hardlinern des Dogmatismus in den Gesellschaftswissenschaften ausstehen, sich des Vorwurfs des "Objektivismus" zu erwehren hatte (vgl. Steiner 1992: 1163). Besondere Resonanz erfuhren in dieser Zeit auch seine Auseinandersetzungen mit dem Leipziger Philosophen Rüdiger Otto Gropp um die Bedeutung und Aneignung des Hegelschen Erbes innerhalb eines marxistischen Theorieprogramms (vgl. Behrens 1952/53, 1953, 1954; Gropp 1954a, 1954b).

Kurzum: die Crux bestand offensichtlich darin, daß in der kommunistischen Bewegung aufgrund des Dogmas von der "führenden Rolle der Partei" das vorherrschende Verständnis von Wissenschaft und Politik eine Unterordnung der Wissenschaft unter die Politik gebot. Beschlüsse und Reden der Partei bzw. ihres Generalsekretärs erhielten die Weihe höchster Wissenschaft verliehen. Sie avancierten zur Richtschnur von Wissenschaft, wurden zur obersten wissenschaftlichen Instanz in grundlegenden Fragen der Theorie von Wirtschaft und Gesellschaft erklärt.

Doch ein derartiges Wahrheits-, Erkenntnis- und Definitionsmonopol, noch dazu in Kombination mit einem Machtmonopol, mußte letztlich - wie das Beispiel und die Folgen der "Revisionismus-Debatte" in den Wirtschaftswissenschaften der DDR eindrucksvoll dokumentieren - Produktivität, Phantasie, Erkenntnisdrang, theoretisches Neuerertum jedweder Wissenschaft einschränken und damit langfristig deformierende Wirkungen auf ihr Innovationspotential ausüben.

Literatur

- Arbeitsgruppe, 1995: Wissenschaften und Wiedervereinigung. In: Jahrbuch 1994 der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Berlin: Akademie-Verlag, 401-416.
- Autorenkollektiv, 1986: Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus. Umriss. In: Graupner, K.-H./ G. Wittenburg (Hrsg.). Berlin: Die Wirtschaft.
- Behrens, Fritz, 1952/53: Hegels ökonomische Auffassungen und Anschauungen. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig. Leipzig, Heft 9/10, 411-420.
- Behrens, Fritz, 1953: Zur Entwicklung der politischen Ökonomie beim jungen Marx. In: Aufbau, Heft 5, 444-456.
- Behrens, Fritz, 1954: Über das Verhältnis des Marxismus zur Philosophie Hegels. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Heft 4, 896-903.
- Behrens, Fritz/ Benary, Arne, 1956: Zur ökonomischen Theorie und ökonomischen Politik der Übergangsperiode. Berlin: Die Wirtschaft, unveröffentlicht.
- Behrens, Fritz, 1957: Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode. In: Wirtschaftswissenschaft, 3. Sonderheft, 105-140.
- Behrens, Fritz, 1958: Die Planung und Leitung der Volkswirtschaft - eine Stellungnahme. In: Wirtschaftswissenschaft, Heft 1, 31-38.
- Behrens, Fritz, 1961: Ware, Wert und Wertgesetz. Kritische und selbstkritische Betrachtungen zur Werttheorie im Sozialismus. Berlin.: Akademie-Verlag.
- Behrens, Fritz, 1968: Kritik der politischen Ökonomie und ökonomische Theorie des Sozialismus. In: Euchner, W./ A. Schmidt (Hrsg.): Kritik der politischen Ökonomie heute. 100 Jahre "Kapital", Frankfurt/M.-Wien: Europäische Verlagsanstalt/ Europa-Verlag, 288-299.
- Behrens, Fritz, 1992: Abschied von der sozialen Utopie. Berlin: Akademie-Verlag.

- Bekanntmachungen des Ministerrates über die Vereinfachung der Planung in den volkseigenen Industriebetrieben vom 16. Dezember 1954. In: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 102, 1954, 947-961.
- Benary, Arne, 1957: Zu Grundproblemen der politischen Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode. In: Wirtschaftswissenschaft, 3. Sonderheft, 62-94.
- Bendix, Reinhard, 1982: Freiheit und historisches Schicksal. Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag.
- Beyer Achim, 1967: Die Diskussion um das "Neue Ökonomische System" in Mitteldeutschland. In: ORDO-Jahrbuch, Bd. XVIII, 357-393.
- Bichtler, Karl/ Zieschang, Kurt, 1958: Revisionistische Konzeption oder einzelne Fehler? In: Wirtschaftswissenschaft, Heft 1, 39-50.
- Braun, Manfred, 1982: Zu den politökonomischen Diskussionen über Grundfragen der Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus in der DDR in den 50er und 60er Jahren. In: Wirtschaftswissenschaft, Heft 4, 568-589.
- Brus, Wlodzimierz, 1955a: Diskussionsbeitrag. In: Protokoll der theoretischen Konferenz "Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR", Schriften des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Nr. 4. Berlin: Akademie-Verlag, 151-159.
- Brus, Wlodzimierz, 1955b: Zu einigen Problemen der Einwirkung des Wertgesetzes auf die sozialistische Produktion. In: Wirtschaftswissenschaft, Heft 4, 510-528.
- Burricher, Clemens (Hrsg.), 1984: Ein kurzer Frühling der Philosophie. DDR-Philosophie in der 'Aufbauphase'. Paderborn-München-Wien-Zürich: Schöningh.
- Croan, Melvin, 1962: East German Revisionism: The Spectre and the Reality. In: Labedz, L. (ed.): Revisionism. Essays on the History of Marxist Ideas. London: George Allen and Unwin, 239-256.
- Der Weg zur Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation. Beschluß des IV. Parteitages der SED (30. März bis 6. April 1954). In: Dokumente der SED, Bd. 5. Berlin: Dietz-Verlag; 1956, 74-89.
- Erklärung des Genossen Prof. Dr. Fritz Behrens. In: Neuer Weg, Heft 9, 650-651.

- Erklärung des Genossen Arne Benary. In: Neuer Weg, Heft 9, 651-652.
- Gropp, Rugard O., 1954a: Die marxistische dialektische Methode und ihr Gegensatz zur idealistischen Dialektik Hegels (Teil 1). In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Heft 1, 69-112.
- Gropp, Rugard O., 1954b: Die marxistische dialektische Methode und ihr Gegensatz zur idealistischen Dialektik Hegels (Teil 2). In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Heft 2, 344-383.
- Harich, Wolfgang, 1993: Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Zur nationalkommunistischen Opposition 1965 in der DDR. Berlin: Dietz-Verlag.
- Heinze, Albrecht, 1965: Zum neuen Lehrprogramm im Fach "Politische Ökonomie des Sozialismus". In: Wirtschaftswissenschaft, Heft 9, 1481-1493.
- Hess, Peter, 1954: Die "Wirtschaftswissenschaft" muß ein Forum des wissenschaftlichen Meinungsaustausches werden. In: Einheit, Heft 12, 1193-1197.
- Jahrbuch für Politische Ökonomie, Bd. 4, Laudatio für Prof. Dr. Gunther Kohlmeier. Berlin, 1989: Akademie-Verlag, 200-204.
- Jänicke, Martin, 1964: Der dritte Weg. Die antistalinistische Opposition gegen Ulbricht seit 1953. Köln: Neuer Deutscher Verlag.
- Kampfert, Karl, 1957: Gegen das Aufkommen revisionistischer Auffassungen in der Wirtschaftswissenschaft. In: Wirtschaftswissenschaft, 3. Sonderheft, 1-19.
- Knirsch, Peter, 1962: Wandlungen in der Politischen Ökonomie. In: Osteuropa, Heft 11/12, 781-790.
- Kocka, Jürgen, 1993: Die Geschichte der DDR als Forschungsproblem. Einleitung. In: Kocka, J. (Hrsg.): Historische DDR-Forschung, Aufsätze und Studien. Berlin: Akademie-Verlag, 9-26.
- Kohlmeier, Gunther, 1955: Das Lehrbuch "Politische Ökonomie". In: Staat und Recht, Heft 3, 495-506.
- Kohlmeier, Gunther, 1956a: Die Bestimmung und Gewährleistung eines ökonomisch richtigen Bargeldumlaufs in der Deutschen Demokratischen Republik. Vortrag im Arbeitskreis "Geldtheorie" des Instituts für Wirt-

schaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin am 30.10.1956 (unveröffentlichtes Manuskript).

Kohlmeier, Gunther, 1956b: Nach der Arbeitskonferenz der Finanzwirtschaftler. In: Geld und Kredit, Heft 3, 183-188.

Kohlmeier, Gunther, 1956c: Einige Fragen der planmäßigen Ausnutzung der Wertformen und des Wertgesetzes in der Periode des Übergangs zum Sozialismus. In: Wirtschaftswissenschaft, Heft 3, 445-463.

Kohlmeier, Gunther, 1956d: Die Bestimmung und Gewährleistung eines ökonomisch richtigen Bargeldumlaufs in der Deutschen Demokratischen Republik (Referatsauszug). In: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 24, 1158-1163.

Kohlmeier, Gunther, 1956e: Das Geldsystem der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin: Akademie-Verlag.

Kohlmeier, Gunther, 1958: Über politische und wissenschaftliche Verantwortung in der marxistischen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsarbeit - eine Stellungnahme. In: Wirtschaftswissenschaft, Heft 3, 367-370.

Kohlmeier, Gunther, 1992: Sozialismus - Utopie als Arbeitsaufgabe. Nachdenken über einen Nachlaßband von Fritz Behrens. In: Utopie kreativ, Heft 21/22, 88-94.

Kohli, Martin, 1994: Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung. In: Kaelble, H./ J. Kocka/ H. Zwahr (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart: Verlag Klett-Cotta, 31-60.

Kosta, Jiri, 1984: Wirtschaftssysteme des realen Sozialismus. Probleme und Alternativen. Köln: Bund-Verlag.

Koziol, Helmut, 1957: Kohlmeier, Gunther, "Das Geldsystem der Deutschen Demokratischen Republik" (Rezension). In: Geld und Kredit, Heft 1, 65-68.

Kuczynski, Jürgen, 1994: "Ein linientreuer Dissident". Memoiren 1945-1989. Berlin: Aufbau-Verlag.

Labeledz, Leopold (ed.), 1962: Revisionism. Essays on the History of Marxist Ideas. London: George Allen and Unwin.

- Lemmnitz, Alfred, 1957: Über die "Administration" und die "Ökonomie" im Sozialismus und in der Übergangsperiode. In: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 6, 84-89.
- Lemmnitz, Alfred, 1958: Einige Fragen der wissenschaftlichen und politisch-ideologischen Arbeit unserer Wirtschaftswissenschaftler. In: Einheit, Heft 2, 257-267.
- Leptin, Gerd, 1968: Das "Neue Ökonomische System" Mitteldeutschlands. In: Thalheim, K.C./ H.H. Höhmann (Hrsg.): Wirtschaftsreformen in Osteuropa. Köln: Wissenschaft und Politik, 100-130.
- Luck, Herbert, 1957: Bemerkungen zum Artikel von Behrens "Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode". In: Wirtschaftswissenschaft, 3. Sonderheft, 95-104.
- Meißner, Herbert (Hrsg.), 1985: Geschichte der politischen Ökonomie. Grundriß. Berlin: Dietz-Verlag.
- Naumann, Robert, 1955: Aus der Vorgeschichte des Lehrbuches "Politische Ökonomie". In: Wirtschaftswissenschaft, Heft 1, 45-60.
- Naumann, Robert, 1957a: Diskussionsrede auf der 30. Tagung des ZK der SED vom 30.1. bis 1.2.1957. In: Unsere ökonomischen Probleme und die Verbesserung der Wirtschaftsführung. Berlin: Dietz-Verlag, 115-126.
- Naumann, Robert, 1957b: Gegen die Gefahr der Entwicklung revisionistischer Anschauungen auf dem Gebiet der Politischen Ökonomie. In: Einheit, Heft 2, 157-167.
- Oelsner, Fred, 1955: Schlußwort. In: Protokoll der theoretischen Konferenz "Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR", Schriften des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Nr. 4. Berlin: Akademie-Verlag.
- Oelsner, Fred, 1957: Diskussionsrede auf der 30. Tagung des ZK der SED vom 30.1. bis 1.2. 1957. In: Unsere ökonomischen Probleme und die Verbesserung der Wirtschaftsführung. Berlin: Dietz-Verlag, 63-80.
- Ökonomenlexikon, Krause, Werner/ Karl-Heinz Graupner/ Rolf Sieber (Hrsg.). Berlin, 1989: Dietz-Verlag.
- Parakenings, Birgit, 1990: Behrens-Kolloquium der Akademie der Wissenschaften der DDR. In: Wirtschaftswissenschaft, Heft 3, 407-412.

- Pirker, Theo/ Rainer M. Lepsius/ Rainer Weinert/ Hans-Hermann Hertle, 1995: Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Protokoll der theoretischen Konferenz "Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR", Schriften des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Nr. 4. Berlin: Akademie-Verlag.
- Redaktionskollegium der "Wirtschaftswissenschaft", 1958: Wider den Revisionismus. Zur Stellungnahme von Fritz Behrens. In: Wirtschaftswissenschaft, Heft 1, 22-30.
- Redaktionelle Vorbemerkung der "Berliner Debatte INITIAL", 1992: Mottek, Hans: Die Zukunft der sozialistischen Utopie und die Existenzfragen der Menschheit. Gedanken zu Fritz Behrens Buch "Abschied von der sozialen Utopie". In: Berliner Debatte INITIAL, Heft 5, 101-109.
- Richter, Helmut, 1957: Wertgesetz und Spontaneität in der Übergangsperiode. In: Wirtschaftswissenschaft, 3. Sonderheft, 44-61.
- Roesler, Jörg, 1993: Das Neue Ökonomische System (NÖS)-Dekorations- oder Paradigmenwechsel? Hefte zur DDR-Geschichte, 3, Berlin.
- Rohde, Erwin/ Helmuth Neltner/ Dieter Reuschel, 1958: Das einheitliche sozialistische Finanzsystem, die gesellschaftliche Praxis und die Ansichten von Prof. Dr. Kohlmey. In: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 12, 187-193.
- Ruben, Peter, 1995: Die DDR-Wirtschaft und die theoretische Ökonomie. In: Berliner Debatte INITIAL, Heft 2, 100-105.
- Scheler, Hermann, 1957: Über das Verhältnis von Spontaneität und Bewußtheit. In: Wirtschaftswissenschaft, 3. Sonderheft, 20-43.
- Schirmer, Gregor, 1993: Zum Verhältnis von Politik und Gesellschaftswissenschaften in der DDR. In: Brie, M./ E. Hahn/ R. Mocek/ G. Schirmer: Schiff ohne Kompaß? Marxistische Gesellschaftswissenschaften und sozialistische Politik, Reihe controvers. Berlin: o. V., 5-16.
- Schuller, Wolfgang, 1994: Zwei Nationen-Zwei Wissenschaften? Eindrücke vom Wiederaufbau der Wissenschaftsorganisationen in den neuen Bundesländern. In: Deutschland-Archiv, Heft 5, 470-477.
- Steiner, Helmut, 1990: Der aufrechte Gang eines DDR-Ökonomen: Fritz Behrens (1909-1980). In: Utopie konkret, Heft 2, 80-84.

- Steiner, Helmut, 1992: Fritz Behrens-Lebensbilanz eines sozialistischen Wissenschaftlers. Zum erstmaligen Erscheinen seiner Kritik des Staatssozialismus. In: Deutschland-Archiv, Heft 11, 1160-1168.
- Steiner, Helmut (Hrsg.), 1993: Prof. Dr. Gunther Kohlmey im Fadenkreuz der Revisionismus-Kampagne. Dokumente aus dem Zentralen Parteiarchiv der SED. Berlin: o. V.
- Thalheim, Karl C., 1961: Die Rezeption des Sowjetmodells in Mitteleuropa. In: Jahn, G./ Frhr. v. Bissing: Die Wirtschaftssysteme der Staaten Osteuropas und der Volksrepublik China, Erster Band, Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF, Bd. 23/I. Berlin: Dunker & Humblot, 267-341.
- Thalheim, Karl C., 1970: Östliche Wirtschaftssysteme und ihre Wandlungen. In: Östliche Wirtschaftssysteme und ihre Wandlungen. Bericht über den wissenschaftlichen Teil der 33. Mitgliederversammlung deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V. in Bad Godesberg am 4. und 5. Juni 1970, Beihefte der Konjunkturpolitik, Heft 17. Berlin: Dunker & Humblot, 11-35.
- Ulbricht, Walter, 1957: Grundfragen der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 30. Tagung des ZK der SED vom 30.1. bis 1.2.1957. Berlin: Dietz-Verlag.
- Ulbricht, Walter, 1964: Die Durchführung der ökonomischen Politik im Planjahr 1964 unter besonderer Berücksichtigung der chemischen Industrie. Referat auf der 5. Tagung des ZK der SED vom 3. bis 7.2.1964. Berlin: Dietz-Verlag.
- Wagener, Hans-Jürgen, 1995: Anlage oder Umwelt? Überlegungen zur Innovationsschwäche der DDR-Wirtschaft. In: Berliner Debatte INITIAL, Heft 1, 67-82.
- Warnke, Camilla/ Huber, Gerhard (Hrsg.), 1996: Zur Kritik deutsch-deutscher Ökonomie. Konzeptionen, Positionen und Methoden sozialwissenschaftlicher Forschung in Ost und West. Marburg: Metropolis-Verlag.
- Zauberman, Alfred, 1960: The Soviet debate on the Law of Value and Price Formation. In: Grossman, G. (Hrsg.): Value and Plan. Economic Calculation and Organization in Eastern Europe. Berkeley: University of California Press, 17-46.